

„Fachliteratur wäre empfehlenswert“

Herten. Zu unserem Artikel „Sechs Kerzen strahlen auf der Toilette“ schreibt uns Mike Kramer aus Münster:

„Ist Ihnen eigentlich bekannt, daß die Homosexuellen den Heterosexuellen gleichgestellt sind? Anscheinend nicht! Denn sonst ist es wirklich nicht verständlich, daß Sie hervorheben müssen, daß es sich bei dem Täter um einen Schwulen handelt.“

Der Artikel ist unverantwortlich, wenn auch publikumswirksam. Weist aber auf mehr als große Informationslücken hin. Fachliteratur wäre empfehlenswert.

Ich arbeite seit ca. 2 Jahren in einer homosexuellen Aktionsgruppe und kann somit beurteilen, wie mies die Lage mancher Homosexueller ist. Wenn es heutzutage, und vielleicht auch noch in der Zukunft, Homosexuelle gibt, die sich so verhalten, wie es groß und breit in Ihrem Artikel dargestellt wird, so liegt das wohl an Menschen, die genauso rücksichtslos und oberflächlich handeln wie Sie.

Wäre es da nicht ärgerlicher, die Bevölkerung objektiv zu informieren, um auch den homosexuellen Bürgern zu einer möglichst großen Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu verhelfen?“

„Asozialer Angriff“

Einen offenen Brief zum Thema „Müllverbrennungsanlage“ richtete Reinhold John, Bertlich, Fröbelstraße 20, an Stadtdirektor Hans Ulrich Stanke. In dem Schreiben heißt es:

„Seit einiger Zeit kann man in gewissen Abständen den hiesigen Zeitungen Meldungen über den baldigen Bau einer Müllverbrennungsanlage im Raum Herten entnehmen.“

Mit welcher „Gewissenhaftigkeit“ die Hersteller der Bevölkerung die

Notwendigkeit solcher Lebensqualitätsniedrigungsanlagen ins Bewußtsein zu rufen versuchen, kann mit ihrem Profitdenken vereinbart werden. Nicht zu vereinbaren mit den Aufgaben unserer Vertreter im Stadtparlament ist allerdings die gleiche „Gewissenhaftigkeit“ im Hinblick auf die Betreibung der Anlage und die damit verbundenen Auswirkungen.

Als zukünftiger, freiwilliger Bürger der Städtegemeinschaft Herten/Westerholt/Bertlich frage ich Sie, sehr geehrter Herr Stadtdirektor, welche Aufklärung dem beschließenden Gremium vor Beschlussfassung zuteil geworden ist, und ob Sie gewillt sind die Bevölkerung über die im folgenden aufgeführten, wissenschaftlich fundierten Nachteile einer Müllverbrennungsanlage zu unterrichten?!

Die Müllverbrennung würde bei Verbrennung des gesamten Mülls etwa 25 Prozent unserer Luftverschmutzung verursachen. Eine Tonne Müll erzeugt 7000 Kubikmeter Abgase und übrigbleiben 40 Gewichtsprozent an Asche und Schlacke. Die Müllverbrennung verunreinigt unsere Atemluft mit Schwefeldioxyd (ergibt mit Regen schwefelige Säure), Schwefeltrioxyd (ergibt mit Regen Schwefelsäure), Kohlenwasserstoffen (u. a. krebserregendes Benzopyren), polychloriertem Biphenyl (giftig wie DDT), Chlorwasserstoff (ergibt mit Regen Salzsäure), Stickoxyd, Essigsäure, Formaldehyd, Kohlenmonoxyd, Fluorwasserstoff und anderen giftigen Gasen. Die hohen Schornsteine schützen keineswegs vor der Luftverpestung, sondern verteilen die Verschmutzung auf größere Gebiete.

Die Elektro-Filter fangen zwar Staubteilchen größtenteils auf, alle Giftgase entweichen jedoch restlos in die Atemluft. Nasswäscher

haben einen Wirkungsgrad von 70 Prozent und bringen Abwässerprobleme.

Die Müllverbrennung kann daher als ein naturwidriger, asozialer Angriff auf Mensch und Umwelt angesehen werden. Da die Müllverbrennung zudem noch teurer ist als die Müllvererdung, ist nicht einzusehen, warum die Stadt Herten den Meinungen fortschrittlicher und unabhängiger Wissenschaftler keine Aufmerksamkeit schenkt und trotz allem Steuermittel für Projekte einsetzt, die die Lebensqualität im Großraum Herten weiter herabsetzt. Es wäre richtiger Müllvererdungsanlagen zu errichten, wie man sie in Blaubeuren und St. Georgen/Schwarzwald unter anderem begutachten kann.

Diese Anlagen berücksichtigen die Notwendigkeit der Einhaltung des ökologischen Gleichgewichtes und sind ein Beitrag das Müllproblem im Sinne einer Zurückführung der Abfälle in den natürlichen Kreislauf zu lösen.“

Müllöfen verwandelt Herten zum Abfalleimer des Reuters

Die Immissionsschutzanlagen reichen nicht aus

HERTEN. Nach mehr als sechs Monaten intensiver Arbeit ließen die Jungsozialisten aus Herten-Mitte nun endgültig die Katze aus dem Sack: In einer gutbesuchten Bürger-versammlung im „Jägerhof“ am Dienstagabend nannten sie zu der geplanten Müllverbrennungsanlage (MVA) Zahlen, Fakten und Aussichten, die in ihrer Gesamtheit mehr als nur nachdenklich stimmen sollten. Manfred Steleemann, der in der Juso-Projektgruppe „Müllverbrennungsanlage“ federführend ist, trug die in einer 15seitigen Studie zusammengefaßten Arbeitsergebnisse vor.

Eindeutig kommen die Jusos hier zu einer Ablehnung des Projektes Müllverbrennungsanlage für Herten. Die wichtigsten Gründe der Ablehnung in Stichpunkten:

- Die Müllverbrennung verursacht nicht nur eine erhebliche Umweltbelastung, sondern ist zugleich auch die teuerste Möglichkeit der Abfallbeseitigung. Andere Möglichkeiten sind die Kompostierung und die geordnete Deponie.
- „Das Verkehrsaufkommen nach Inbetriebnahme der MVA ist zu hoch. Um die geplanten 565 000 Jahrestonnen Müll zu verbrennen, sind täglich 560 An- und Abfahrten erforderlich. Über zehn Stunden am Tag müßten zwei Lkw pro Minute den Müll anfahren. Die

Anlieferung auf dem Schienenweg oder über den Rhein-Herne-Kanal als Alternative zum Straßentransport ist nur zu einem verschwindend geringen Teil möglich.“

● Die Umweltbelastung ist in der Konzentration in Herten-Süd unerträglich. Dazu die Studie: „Wir sind der Meinung, daß Herten nicht der Abfalleimer des Ruhrgebiets und noch viel weniger der von Nordrhein-Westfalen werden darf.“ Um den eigenen Hausmüll loszuwerden, müßte in Herten mit der MVA der Müll eines Einzugsgebietes von einer Million Einwohnern gleich mitbeseitigt werden.

● „Die Industrie macht keine Angaben über ihre Abfälle. Sollte die MVA gebaut wer-

den, kann man nur noch hoffen, daß der Industriemüll keine Ähnlichkeit mit hochexplosiven Zeitbomben hat.“

● „Die MVA braucht ein so großes Gelände, daß für die Ansiedlung anderer umweltfreundlicherer Industrien kein Platz mehr wäre. Die vorgesehene Grundstücksgröße steht in keinem Verhältnis zu den Arbeitsplätzen.“

● „Was bei der Verbrennung an giftigen Gasen entsteht, umfaßt die gesamte Skala der als bedenklich einzustufenden Gasarten. Als wichtigste sind hier Schwefeldioxyd, Chlorwasserstoff und Fluorwasserstoff zu nennen. Diese Gase kommen zum Teil mit dem Regen wieder herunter, entlauben und entnadeln Bäume und beschädigen den Autolack. Die vorgesehenen Immissionsschutzanlagen sind nicht ausreichend.“

● „Die Konzentration von Schwefeldioxyd und die Zunahme der Todesfälle stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Durch die MVA muß mit größeren Konzentrationen von Schwefeldioxyd als bisher gerechnet werden. Diese Tatsache wird mit Sicherheit eintigen Herz- und Atmungskranken den Tod bringen.“

● „Zum derzeitigen Zeitpunkt ist die Luftverbelastung Herten durch Schwefeldioxyd bereits größer als die von Düsseldorf, Köln, Bochum, Castrop-Rauxel, Dortmund, Hagen und Wanne-Eickel. Durch die MVA würde die Schwefeldioxydkonzentration weiter ansteigen.“

● „Es werden schon jährlich 3500 Tonnen Staub auf Herten herab. Mit dieser Staubmenge könnten 23 000 der üblichen Mülltonnen gefüllt werden.“

● „Die Müllverbrennungsanlage wird auf Profitbasis betrieben. Die Herten MVA wird von Gesellschaften gebaut, die in der Abfallbeseitigung eine echte Marktlücke sehen. Die Müllverbrennung als teuerste Möglichkeit der Abfallbeseitigung unterliegt den Gesetzen der freien Marktwirtschaft, woraus Höchstpreise resultieren.“

He im Bild Horn
054253 drif 1 3

Fragen zur Müllverbrennungs-Anlage

FDP will verschiedene Möglichkeiten kombinieren

27.3.75

Herten. Zur Begründung ihrer Ablehnung einer Müllverbrennungsanlage in Herten hat die FDP-Anliegenschaft, die sich mit diesem Problem befaßt hat, in einer Stellungnahme, die eine Müllverbrennung schließlich nur eine Lösungsmöglichkeit unter mehreren darstellt. Sie laßt gleichzeitig mehrere Fragen an die Stadt und meint: „Da die Verwaltung in so vielen Fällen eine für den Bürger nicht durchschaubare Politik betreibt („Stille-Kammerlein-Politik“), wäre es interessant zu erfahren, welche Antworten die Stadtverwaltung zu den Fragen geben kann.“

Fünf Fragen sind es, die die FDP interessiert: In welchem Stadium befindet sich die Planung der Anlage? Wurden andere Möglichkeiten der Müllbeseitigung von den Verantwortlichen der Stadt Herten in Erwägung gezogen? Wie stellen sich die Kosten, eventuell im Vergleich? Wie sieht die Finanzierung aus? Wie sehen die Werte für die Umweltbelastung aus, und liegt ein Gutachten vor?

Die FDP schreibt in ihrer Stellungnahme u. a. weiter:

In der Regel läßt sich Müll gewichts- und volumensmäßig am besten verringern und wirtschaftlich nutzen durch ein Verfahren, in dem Ablagerung, Kompostierung und Verbrennung kombiniert sind. Die beim verbleibenden Ablagerungsstoffe sind hygienisch nicht bedenklich und können ohne weiteres abgelagert werden. Den Abfall zu verwerten und nicht nur zu beseitigen, sollen einige Beispiele verdeutlichen: Schlacht- und Küchenabfälle als Viehfütter, Bauschutt und sonstige Verbrennungsrückstände zur Erdoberflächenbefestigung, Straßen- und Wegeausbau, Altpapier und Karton in der Pa-

perindustrie, oder Altsisen und Almetall in der Eisen- und Metallherstellung.

Entsprechend der Forderung des FDP-Grundsatzprogramms zur Kommunalpolitik, Abfall so weit als möglich in den Rohstoffkreislauf zurückzuführen, treten die Freien Demokraten Hertens für eine Kombination der verschiedenen Möglichkeiten zur Müllbeseitigung ein.

Der geplante Standort im Hertener Eisenerbruch ist zwar für eine Müllbeseitigungsanlage akzeptabel, doch ergeben sich Probleme durch den Zustand der Verkehrswege. Bei dem geplanten Einzugsgebiet sind die Zufahrtsstraßen quantitativ und qualitativ nicht ausreichend.

Training für den Rettungsvergleichskampf

Herten. — Im Hinblick auf den Rettungsvergleichskampf trainieren die Aktiven der DLRG während der Osterferien jeweils montags von 10.45 bis 18 Uhr und donnerstags von 19.15 bis 21 Uhr im Stadtpfad.

Schiebt der Einfluß der Industrie den Umweltschutz aufs Abstellgleis?

Betr. VEBA-Ansiedlung

Ich habe die Kommentare über den Beschluß des Ruhr-Siedlungsverbandes, der der Umwandlung des landwirtschaftlichen Gebietes im Orsoyer Rheinbogen in ein reines Industriegebiet zustimmte, mit Interesse verfolgt.

Dabei kann ich dem Kommentar in ihrem Blatt, der von einer „exemplarischen Niederlage“ der Umweltschützer spricht, ebenso beipflichten wie einem Kommentar im Westdeutschen Rundfunk, in dem wörtlich gesagt wurde, daß „diese Entscheidung die weitere Existenzberechtigung des Siedlungsverbandes bezweifeln läßt, da die Planungsgemeinschaft keine Rücksicht auf die Gesundheit der Bevölkerung in ihrer Region nimmt.“

Wie weit sind wir gekommen! Fernsehsendungen malen uns, am Beispiel von Los Angeles, Schreckensgemälde auf den Bildschirm, Zeitschriften berichten über die Notwendigkeit des Umweltschutzes, damit die Menschheit nicht zugrun-

de geht, und Müllkipper werden mit Ordnungsstrafen belegt.

Wenn aber grundsätzliche Dinge entschieden werden müssen, dann ist der Einfluß der Industrie in allen Grenzen so stark, daß das Wirtschaftswachstum alle anderen Überlegungen (sogar die des Überlebens der Menschen) in den Hintergrund drängt.

Im Falle der VEBA bleibt uns nur zu hoffen, daß im Zuge der gewerbeberechtigten Genehmigung recht viele Einsprüche von Anliegern den Baubeginn verzögern. Vielleicht findet sich auch wie im Fall der Erweiterung eines Glaswerks in Gelsenkirchen ein Verwaltungsrichter, der das Bundesbaugesetz und die Landesplanungsvorschriften umweltfreundlich interpretiert.

Er könnte der überwiegenden Mehrheit der Kommunalpolitiker aus dem Ruhrgebiet, die sich wegen der derzeitigen konjunkturellen Lage fast hysterisch gebärden und für die Industrieansiedlung um jeden Preis eintreten, eine Lektion erteilen.

Gregor K.

Hilfe – wir ersticken im Müll

Betr.: Müllabfuhr.

Daß ein Sechsfamilienhaus mit drei Mülltonnen nicht auskommt, ist jedem verständlich. Dazu fällt heute zu viel Abfall an – zumal in einem Haus mit Heizung ja kein Ofen vorhanden ist, damit jeder den brennbaren Müll selbst beseitigen kann.

Kürzlich hat die städtische Müllabfuhr von Oer-Erkenschwick unseren Abfall, der von uns Mietern in Plastikeuteln oder Kartons zu den Mülltonnen gestellt wurde, da ihr Fassungsvermögen erschöpft war, nicht mitgenommen. Die Müllwerker haben gesagt, daß sie Kartons nicht mitzunehmen brauchen. Plastiktaschen würden sie zwar noch in den Müllwagen werfen.

Bei uns haben sie aber alles stehen gelassen. Ich kann mir kaum vorstellen, daß es im Sinne der Stadtverwaltung ist, die Bürger im wahrsten Sinne des Wortes auf den Müll sitzenzulassen. Man weiß sich ja kaum noch zu helfen!

G. Heliweg

Garantie für die Zukunft

Betr.: Kohlenhalden

Nun sehen wir wieder vor Kohlenhalden. Bei der Ruhrkohle lagern über 5 Millionen t unverkaufter Steinkohle und Koks. Da stecken mindestens 500 Millionen DM drin, die dem Unternehmen an flüssigen Mitteln fehlen.

Vielleicht wurde in letzter Zeit zuviel Wert auf die Förderung gelegt, die Marktlage nicht richtig eingeschätzt. Aber kann man von einem Unternehmen, das aus Rentabilitätsgründen stetig produzieren muß, überhaupt schnelle Anpassungen erwarten?

Ich meine, ein Bergwerk ist nicht mit einer Fabrik zu vergleichen, wo man einfach wartet, wenn keine Aufträge kommen. Die Ruhrkohle darf man nicht allein dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen. Sie muß auch eine Garantie für die Energieversorgung der nächsten Zukunft bleiben.

Damit erfüllt sie eine öffentliche Aufgabe, deren Kosten die Allgemeinheit zu tragen hat. Willy Gn.

Gewässerschutz vor dem Gesetz einer Firma

Die Allgemeinheit kann die Gewässerbereinigung eines Unternehmens nicht dulden, wenn diese alle rechtlichen Möglichkeiten auf dem Gebiet der Abwasser-Beseitigung wahr macht. Dies entschied das Verwaltungsgericht München. Zwei Fabrikbetriebe hatten gegen im Jahre 1973 erlassene Auflagen der Behörden zur Verbesserung der Abwasserqualität Klage erhoben, weil sie für das Unternehmen erhebliche Kosten mit sich gebracht hätten.

Das Gericht bestätigte die behördlichen Auflagen. Der Gewässerschutz, stellte das Gericht fest, sei von überragendem Interesse für das Wohl der Allgemeinheit. Auch Investitionskosten von mehreren Millionen DM für eine verbesserte Reinigung von Betriebsabwässern seien zumutbar. Ein Industrieunternehmen könne für sich nicht in Anspruch nehmen, auf Kosten der Umwelt und des Gewässerschutzes ein Produktionsverfahren beizubehalten, das eine rentable Betriebsführung gewährleistet.

(dpa)